

Bekanntermaßen – und anders als in den Medien oft dargestellt – geht es bei der heutigen Entscheidung, ob ein Flächennutzungsplan geändert werden soll, nicht um ein „Ja“ oder „Nein“ zu Windanlagen in Dassow. Wie Herr Bosse, Moderator der Informationsveranstaltung am 17.09., richtig feststellte, ist das nach heutiger Gesetzeslage allein die Entscheidung der Grundstückseigentümer in dem Flächenbereich, der den Eignungskriterien des Landes und des regionalen Planungsverbandes entspricht.

Über eine F-Planänderung haben die Stadt Dassow und ihre Bürger vielmehr die Möglichkeit, örtliche Besonderheiten als zusätzliche Kriterien ins Verfahren einzubringen und schließlich verbindlich zu machen. Investoren haben dann zwar frühere Planungssicherheit, müssen sich dafür aber diesen zusätzlichen Kriterien unterwerfen. Das ist bei Ablehnung einer F-Planänderung nicht der Fall. Dann gilt nach §35 Baugesetzbuch privilegiertes Baurecht für Windanlagen bei Einhaltung der gesetzlichen Mindestanforderungen.

Die SPD-Fraktion hat daher in den Ausschüssen der Stadt Dassow die Beschlussvorlage zur Änderung des Flächennutzungsplans mehrheitlich unterstützt. Nicht um Windanlagen gegen den Willen vielen Bürger „durchzuziehen“, sondern um Einfluss der Stadt und ihrer Bürger auf das Vorhaben der Grundstückseigentümer zu ermöglichen. Alle anderslautenden Darstellungen sind absolut unrichtig und werden der SPD-Fraktion oder ihren Mitgliedern angedichtet.

Aufgrund der großen Besorgnis in erheblichen Teilen der Bevölkerung, die sich auch in vielen Unterschriften äußert mit dem Appell an die Grundstückseigentümer, doch bitte auf den Bau solcher Anlagen zu verzichten, halten wir heute die Aufstellung einer F-Plan-Änderung mehrheitlich für nicht sinnvoll und werden daher heute mehrheitlich mit „Nein“ stimmen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir mit einem "Nein" ein Mittel aufgeben, aktiv im Sinne der Bürger in Art und Umfang der Anlagen einzugreifen. Bei bestehender Gesetzeslage kann es sehr gut sein, dass die Landeigentümer die Anlagen in zwei oder drei Jahren ohne Gemeindemitsprache, ggf. auch ohne Abstriche beim Blinken und in der Höhe, bauen werden. Sie werden dann zwar Anteile zum Kauf anbieten müssen, aber nicht unbedingt Entschädigungen im Sinne von Strompreisrabatten. Die Stadt mit ihrem Defizit-Haushalt verzichtet bei einem „Nein“ ebenfalls auf Einnahmen, voraussichtlich in sechs-stelliger Höhe pro Jahr, die für Kita, Schule, Feuerwehr, Sport und Straßen fehlen werden.

Insofern wäre aus unserer Sicht ein „Ja“ zur F-Planänderung in der Sache immer noch besser für Dassow und seine Einwohner. Aber wir sehen auch, dass sich der Riss in der Bevölkerung an dieser Frage derzeit noch vertiefen würde. Einige in der Bürgerinitiative hoffen ja auch darauf, dass sich die Abstandsregeln zu Wohngebieten in 2016 durch ein Bürgerbegehren / Volksentscheid ändern. Wir wären bereit gewesen, ein solches Ergebnis in den F-Plan mit aufzunehmen, weil es uns nicht darum geht, so eine Entscheidung zu umgehen, sondern nur darum, Einflussnahme sicherzustellen.

Wir wünschen uns, dass das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, das wir hier in den letzten Wochen erlebt haben, weiter anhält und sich auch in mehr Engagement für die Kita, die Schule, die Feuerwehr, die Freizeit- und Sportvereine niederschlägt. Und wenn es nötig wird, auch für den Schutz von Menschen, die vor Krieg und Tod Zuflucht suchen.

Im Namen der ganzen Fraktion bitte ich am Schluss diejenigen Einwohner, die in der Vergangenheit Personen beschimpft oder ihnen unlautere Absichten unterstellt haben, sei es gegenüber Investoren, Planern oder Stadtvertretern, dies in Zukunft zu unterlassen und inhaltliche Auseinandersetzungen mit Sachargumenten zu führen. Sonst beschädigen wir nicht nur Menschen, sondern auch die Demokratie.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine noch engere und konstruktivere Zusammenarbeit aller engagierten Bürgerinnen und Bürger und ihrer Stadtvertreter für Dassows Zukunft.

Gerd Matzke, SPD-Fraktionsvorsitzender